

gift

zeitschrift für freies theater

02/2016



WAS TUN

politik

Politisches Handeln

Im Zeichen der Post-Politik

Freedom not Frontex

Karneval und Widerstand in Berlin

festival

Eine neue Hochkultur definieren

Tomas Zierhofer-Kin im Gespräch

Innsbruck International Biennale

Interview mit der Kuratorin

szene

Für eine neue Kulturpolitik

Berichte aus Kärnten und Vorarlberg

Unterwerfung

Houellebecq in Wien und Hamburg

JETZT IN AKTION!

Politisches Handeln im Zeichen der Post-Politik

Ingolfur Blühdorn

Im Theater eröffnen sich zuweilen Denk- und Kommunikationsräume, die über die Möglichkeiten der universitären Sozialwissenschaften und der Politik hinausgehen. Ganz im Gegensatz zum Wissenschafts- und Politikbetrieb gibt es nämlich im Theater derzeit ein auffällig großes Bedürfnis nach Politisierung und „gesellschaftskritischen“ Fragestellungen. Das zeigt auch das Programm der Jubiläumskonferenz der Dramaturgischen Gesellschaft.

Der Titel der Tagung *Was Tun. Politisches Handeln Jetzt* formuliert zunächst eine Frage: *Was tun?*, die zugleich auch die Antwort ist: *Was Tun!* Der zweite Teil des Titels benennt, worüber das Theater, diese Konferenz, nachdenken soll und will: *Politisches Handeln Jetzt*, und verlangt gleichzeitig, jede weitere Verzögerung zugunsten sofortiger Aktion zu vermeiden: *Politisches Handeln Jetzt!* Das Theater, die Kunst, die Künstler, so heißt es im Programmheft, wollen „konkret interventionistisch“ sein; diese gesamte Veranstaltung soll „handlungsorientiert“ sein und „zu eigenem Tun anregen“.

Diese Entschlossenheit zu handeln ist angesichts der vielfältigen Krisen und Notstände sicher löblich. Zweifellos, wir müssen was tun! Gleichzeitig scheint mir dieser Handlungsdrang aber bedenklich, denn gerade in einer Situation, in der wir die normative Ordnung, die uns in Europa und weit darüber hinaus lange Halt und Orientierung gegeben hat, vor unseren Augen zerfallen sehen, während neue Populismen, Nationalismen und religiöse Fundamentalismen allerorten die seltsamsten Blüten treiben, ist möglicherweise nicht Handeln sogar noch dringender als Handeln. *Nicht Handeln* darf dann natürlich nicht bedeuten, überhaupt gar nichts zu tun, sondern dass wir uns zunächst gründlich mit den *Möglichkeiten, Bedingungen* und *Grenzen* politischen

Handelns auseinandersetzen. Das Projekt bleibt also *Kritik*, aber Kritik nicht im aktivistisch-normativen, sondern im Kantischen Sinne; *Aufklärung*, aber nicht im idealistischen, sondern im Luhmannschen Sinne¹.

So jedenfalls verstehe ich meine eigene Arbeit als kritischer Sozialwissenschaftler, der sich vor allem mit politischer Partizipation und Demokratie einerseits und Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik andererseits befasst, zwei Themenbereichen also, in denen es an aktivistischen Mobilisierungsrufen und praktischen Handlungsanweisungen wahrlich nicht fehlt, sehr wohl aber an nennenswerten gesellschaftlichen Veränderungen. Und gerade weil in diesen beiden Bereichen die Aufrufe und Empfehlungen zum Handeln so unerschöpflich, die praktischen Erfolge aber so marginal sind, habe ich mich (zumindest für den Moment) darauf verlegt, die Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns – und zwar insbesondere hinsichtlich seiner normativen Grundlagen – zu erkunden. Und genau das ist auch mein Ziel in diesem Beitrag.

Wenn es um politisches Handeln im Zeichen der *Post-Politik* gehen soll, dann ist die nähere Beschäftigung mit diesem Phänomen Post-Politik ein zentraler Punkt. Diesem Phänomen werde ich mich gleich zuwenden, nicht zuletzt,

weil ich glaube, dass der Begriff Post-Politik oftmals sehr unbedacht verwendet wird. Zuvor will ich aber noch kurz beim *politischen Handeln jetzt* bleiben, um die Besonderheit unserer gegenwärtigen Situation herauszuarbeiten, die man als einen *doppelten Handlungsnotstand* bezeichnen kann.²

Der doppelte Handlungsnotstand

Angesichts der Klimakrise, der Flüchtlingskrise, der Überschuldung öffentlicher Haushalte, der sich immer weiter verschärfenden sozialen Ungleichheit, der Krise des Kapitalismus, der Hilflosigkeit der Politik, des um sich greifenden Rechtspopulismus, des schleichenden Zusammenbruchs des europäischen Projektes, neuer religiöser und säkularer Fundamentalismen, der Anfeindungen der Demokratie, der terroristischen Bedrohung unserer Freiheit, unserer Werte ... entfaltet sich in der Tat ein enormer Handlungsdruck. Wenn immer es uns gelingt – oder passiert, dass wir für einen Moment aus unseren hochentwickelten Zerstreuungs-, Ablenkungs- und Betäubungspraktiken ausbrechen, wird unerbittlich klar: Die wirtschaftliche, soziale, politische und normative Ordnung, an der wir uns mit aller Kraft festzuhalten versuchen, ist nicht zu halten. Sie ist nicht nur, was längst praktisch überall Konsens ist, wirtschaftlich, ökologisch und sozial *nicht nachhaltig*, sondern sie ist *nicht zu halten*.

Vor diesem Hintergrund erscheint *politisches Handeln jetzt* als ein kategorischer Imperativ. Entsprechende Anweisungen gibt es, wie gesagt, in unbegrenztem Ausmaß – von Politikberater_innen, Wissenschaftler_innen, Technologieexpert_innen, Bewegungsaktivist_innen etc. Und selbst wenn es (noch) keinen klaren Plan gibt, so schafft Handeln doch immerhin Zuversicht. Es signalisiert das Vorhandensein von Optionen sowie die Fähigkeit und den Willen zu entscheiden, zu gestalten. Und es schafft gegenüber denen, die *Zeit verlie-*

ren, indem sie entweder gar nichts tun, oder *nur* reflektieren, das Gefühl moralischer Überlegenheit: Wer irgend-*was tut, jetzt*, muss sich nicht vorwerfen (lassen), der stetigen Verschärfung der vielfältigen Krisen tatenlos zuzusehen.

In den frühen 1990er Jahren, als die Welt zwar längst postmodern, die Krisenlage aber noch weniger vielschichtig war, schrieb Ulrich Beck, mit der ökologischen Krise hätten sich moderne Gesellschaften „einen neuen inhaltlichen Sinnhorizont“ geschaffen.³ Die ökologische Frage sei für die „postmoderne, abgeschlafte, gesättigte, sinnleere, fatalistische Gänseleber-Kultur“ eine Art „Himmelsgeschenk“, weil sie nämlich jenseits von Religion und transzendentaler Vernunft „neue Fraglosigkeiten – Rigiditäten“ schaffe, die der zermürbenden postmodernen „Dauer- und Selbstbefragung endlich ein Ende bereiten“. Jetzt könne nicht nur wieder gehandelt werden, sondern es *müsse* „gehandelt werden, und zwar sofort, überall, von allen, unter allen Umständen“. Die ökologische Krise, sagte Beck, ließe die Option der „Ökologiedienstverweigerung“ einfach nicht mehr zu. Sie katapultiere die Gesellschaft in eine neue, eine *zweite*, eine *reflexive Moderne*.

Unter den heutigen Bedingungen der multiplen Krise scheint das noch viel mehr zu gelten als vor 25 oder 30 Jahren. Denn was Ulrich Beck seinerzeit als *Risikogesellschaft* beschrieb, die man mit den Mitteln einer *reflexiven Modernisierung* bändigen könne, um in einer *zweiten Moderne* dann endlich all die emanzipatorischen Versprechen umzusetzen, die die bisherige *erste* oder *lineare* Moderne noch nicht einlösen konnte, hat sich inzwischen in die noch sehr viel schwierigere Konstellation des *Anthropozäns* weiter entwickelt. Im Anthropozän – das wird als das unterscheidende Merkmal dieser neuen erdgeschichtlichen Epoche jenseits des Holo-zäns beschrieben – ist die menschliche Aktivität zu einem bestimmenden Faktor der Entwicklung unseres Planeten geworden, und zwar dergestalt, dass sich die Probleme der

Risikogesellschaft inzwischen zu einem umfassenden *planetarischen Notstand* ausgewachsen haben.⁴ Angesichts dieses planetarischen Notstands ist Handeln wohl noch dringender geboten als je zuvor! Das Anthropozän ist die *Menschenzeit*.⁵ Menschen haben die Aufgabe des planetarischen Managements übernommen. Allerdings gibt es im Anthropozän – das ist sein zweites wichtiges unterscheidendes Merkmal – für politisches Handeln endgültig keinen verlässlichen normativen Bezugspunkt mehr, nicht einmal mehr einen ökologischen, weil nämlich der modernistische Dualismus von Natur und Gesellschaft, Natur und Kultur, Subjektivität und Objektivität obsolet geworden ist.

Was immer wir bisher als kategorischen Imperativ betrachtet haben, zuletzt eben die kategorischen Imperative der Ökologiekrise oder des Klimawandels, verliert im Anthropozän den Status der normativen Verbindlichkeit. Ulrich Becks „Himmels Geschenk“ wird jetzt plötzlich wertlos; seine *zweite* oder *reflexive* Moderne wird von einer neuen, einer *dritten* Moderne abgelöst.⁶ Das genau ist die besondere Situation, mit der – und in der – wir uns arrangieren müssen. Was bedeutet das für politisches Handeln? Wie soll – und kann – politisches Handeln aussehen, wenn sich in dieser dritten Moderne der ökologisch-soziale Notstand des Planeten und der normative Notstand des Post-Ökologismus⁷ zu einem doppelten Handlungsnotstand addieren?

Orientierungssuche

In guter kritischer Tradition halten wir einstweilen an den normativen Ansprüchen und Erwartungen fest, die bis in die zweite, reflexive Moderne hinein Gültigkeit beanspruchten: Politisches Handeln sollte *emanzipatorisch* sein, auf das gerichtet, was in der bestehenden Ordnung noch nicht verwirklicht oder noch ausgeschlossen ist. Es müsse darauf zielen, die Subjektivitäten und Identitäten, individuell und kollektiv, zur Geltung zu bringen, denen bisher ihre Freiheit und Selbstbestimmung noch verwehrt waren. In der post-marxistischen und post-faschistischen Tradition galt zweitens der Grundsatz, dass politisches Handeln die etablierte Ordnung, die bestehenden Herrschaftsstrukturen, kontinuierlich kritisch herausfordern müsse, dass politisches Handeln sich niemals

von der bestehenden Ordnung vereinnahmen und instrumentalisieren lassen dürfe. Insbesondere müsse es sich mit allen Mitteln seiner kapitalistischen Inwertsetzung versperren und stattdessen – ebenso wie die authentische Kunst – stets darauf gerichtet sein, gerade das *Gegenstück* zur herrschenden Logik der Verdinglichung, Objektivierung, Kommodifizierung, Ungleichheit, Unterdrückung und Ausbeutung zum Erscheinen zu bringen: die alternative, sozial und ökologisch befreite und versöhnte Gesellschaft. Politisch war der Name für dieses Gegenstück *wahre Demokratie*, die Herrschaft des dann nicht mehr nur seinem Anspruch nach autonomen Subjekts. *Demokratisierung* war das emanzipatorisch-politische Projekt. Die politische Führerschaft für dieses Projekt übernahm mit den neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre die so genannte *Zivilgesellschaft*. Sie wurde zur Speerspitze der egalitären, redistributiven und ökologischen Demokratisierung.

Doch erstens hat sich das (Selbst-)Verständnis von Zivilgesellschaft seither erheblich verändert und parallel dazu das Verhältnis der Zivilgesellschaft zur Demokratie. Erinnerung sei hier nur an die rechtspopulistischen Bewegungen, die sich in vielen Ländern rasch ausbreiten. Zweitens hat sich auch das Verhältnis der Zivilgesellschaft zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung verändert: Der aktivierende Staat sieht in der Zivilgesellschaft kaum mehr eine Bedrohung, sondern vielmehr eine unverzichtbare Ressource. Und drittens hat sich sowohl das Verständnis von Demokratie selbst, als auch das Verhältnis zwischen der Demokratie und der bestehenden Ordnung verändert: Der Neoliberalismus hat die Demokratie längst für seine anti-egalitäre Agenda vereinnahmt, und illiberale Verständnisse von Demokratie gewinnen an Boden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Rolle, die Qualität, die Realität von politischem Handeln grundlegend gewandelt: Politisches Handeln wirkt zahnlos, gleichgeschaltet, neutralisiert. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch Formen von politischem Handeln gibt, die die bestehende Ordnung wirklich herausfordern und über sie hinaus weisen. Selbst die vermeintlich radikalste Herausforderung dieser Ordnung, der Terrorismus, ist offensichtlicher denn je eine Art Rettungsring – böswillig könnte man sagen: „ein Himmels Geschenk“, das diese Ordnung umso dringender braucht, je mehr ihre wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Schief lagen die Revision demokratischer Er-

lungenschaften erforderlich machen, die aber ihrerseits doch ein Quantum demokratischer Legitimierung benötigt. So wird es gerade angesichts der Notstandsrhetorik zum Zwang, vom schnellen *Was tun* Abstand zu nehmen – zumindest, wenn es weiterhin das oberste Gebot sein soll, sich niemals von einer Ordnung vereinnahmen zu lassen, die in sozialer und ökologischer Hinsicht gleichermaßen zerstörerisch ist. Zumindest wird es jetzt mehr denn je zum Zwang, politischem Handeln die Reflexion über seine gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorzuschalten, die im rasenden Zerstreungs-, Ablenkungs- und Betäubungsbetrieb systematisch ausgeblendet wird. Das bringt mich zum Phänomen der *Post-Politik*.

Post-Politik

Dieser Begriff, Postpolitik, bezeichnet für die Mehrheit seiner Benutzer_innen einen Zustand, in dem die wesentlichen Parameter, die das gesellschaftliche Leben bestimmen, nicht mehr politisch ausgehandelt werden, sondern als unverhandelbare Systemimperative und Alternativlosigkeiten dargestellt werden.⁸ Hier wird nicht nur das demokratische Grundprinzip der Freiheit, Selbstbestimmung und Volkssouveränität ausgesetzt, sondern noch grundlegender der Gestaltungsanspruch der Politik überhaupt deutlich reduziert. Die Bedeutung der Politik schnurrt hier nämlich zusammen auf das möglichst effektive Management des vermeintlich oder tatsächlich Unabänderlichen. Zur Erklärung dieses Zustands wird zumeist auf die Globalisierung verwiesen, in deren Vollzug sich die gesellschaftlichen Funktionssysteme, allen voran das ökonomische, weit über nationalstaatliche Grenzen hinaus ausdehnt und sich damit jeder wirksamen politischen Kontrolle entzogen haben. Ganz wesentlich wird die Post-Politik aber auch als das Ergebnis strategischer *Entpolitisierung* erklärt, die von anti-demokratischen Eliten betrieben werde, um anti-egalitäre und exklusive Interessen gegen emanzipatorische Forderungen nach demokratischer Rechtfertigung abzuschirmen. Dieses Verständnis von Post-Politik ist keineswegs falsch. Und in dem Maße, wie diese Analyse zutrifft, ist dann auch klar, worauf politisches Handeln zielen muss: auf die Machtstrukturen, die diese Entpolitisierung ermöglichen, und auf die Repolitisierung der vermeintlich nicht mehr verhan-

delbaren Inhalte. Aber diese Analyse erfasst bestenfalls die halbe Wahrheit.

Ein komplexeres Verständnis von Post-Politik und der *postpolitischen Konstellation* ergibt sich, wenn wir ihre zweite wesentliche Ursache, die Entpolitisierung, ins Verhältnis zu ihrem Gegenstück, zur Politisierung, setzen. Politisierung war und ist das Instrument, mit dem emanzipatorische Bewegungen etablierte normative und institutionelle Ordnungen aufzubrechen versuchen, um Freiräume für Werte, Identitäten und Lebensformen zu schaffen, die sich bisher nicht entfalten konnten. Politisierung macht Anspruch auf Entscheid- und Gestaltbarkeit. Sie stellt die etablierte Ordnung in Frage, tut das aber stets innerhalb eines Rahmens, der selbst nicht zur Diskussion steht, sondern die legitimierende und Autorität verschaffende Norm angibt, an deren Maßstab politisiert, d. h. in Frage gestellt wird. Für die neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren – aber letztlich für alle emanzipatorischen Bewegungen seit der französischen Revolution überhaupt – war diese ihrerseits nicht zur Diskussion stehende Bezugsgröße die aufklärerische Norm des *autonomen Subjekts*: die unantastbare Würde des Menschen, die als universell vorgestellten Menschenrechte, oder auch kategorische ökologische Imperative, die der Norm des autonomen Subjekts einbeschrieben seien.

Wenn nun aber dieser vorpolitische normative Bezugspunkt nicht unpolitisch bleibt, sondern selbst zum Gegenstand der Politisierung wird, dann entfaltet sich schnell ein Wirbelsturm der Unsicherheit. Die entfesselte Politisierung führt dann in den Worten des bereits zitierten Ulrich Beck in „Unlebarkeiten der Individualisierung“ und in die „Unlebarkeit der Moderne“ überhaupt. Und hier genau liegt der Zusammenhang zwischen der emanzipatorischen Politisierung auf der einen Seite und der Post-Politik und dem sich ausbreitenden *anti-political sentiment*⁹ auf der anderen: Die Politisierung und Ausdifferenzierung gelebter Ideale von Subjektivität, Identität, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung gehörte nämlich zum Kernprogramm der emanzipatorischen Bewegungen. Und diese Politisierung und Subjektivierung aller Referenznormen führte nicht nur, wie von konservativer Seite¹⁰ bereits in den 1970er Jahren geargwöhnt worden war, unvermeidlich zu *government overload* und *ungovernability*, sondern sie schlägt – und zwar *in emanzipatorischer*



Absicht – in Entpolitisierungsbestrebungen um. Denn angesichts der stetig wachsenden Komplexität von Problem- und Interessenkonstellationen, der fortschreitenden Pluralisierung von gesellschaftlichen Werten, der Hybridisierung und Dynamisierung von Identitäten, und der entsprechend zunehmenden Gefahr der demokratischen Selbstlähmung verspricht Entpolitisierung, dass sich zumindest ein gewisses Maß an politischer Handlungsfähigkeit, Legitimität und Autorität sichern oder zurück gewinnen lasse. Und das scheint umso dringlicher, je mehr sich die latenten Krisen zu akuten Notständen zuspitzen.

Entpolitisierung ist mithin, *zumindest auch*, eine Strategie, um das emanzipatorische Projekt zu sichern, wenn es in Gefahr ist, seine eigenen normativen Grundlagen zu zersetzen. Sie soll im Interesse der selbstbestimmten Bürger_innen, im Interesse der politischen Gestaltung, *die Sache*, das wahre Gemeinwohl, in den Mittelpunkt rücken, die für die richtige Entscheidung erforderliche Fachkompetenz garantieren, und Reibungsverluste wie die auszehrende Wirkung reiner Machstreitigkeiten minimieren. Die postpolitische Konstellation ist entsprechend also keineswegs bloß das Machwerk einer anti-demokratischen, ihre eigenen Privilegien sichernden Elite, sondern – zumindest auch – selbst die *Verlängerung der emanzipatorischen Agenda*. So schwierig es auch sein mag: Politisches Handeln muss das reflektieren! Wie brisant diese Sachlage tatsächlich ist, wird noch klarer, wenn wir sie noch einmal aus der Perspektive der emanzipatorischen Zentralkategorie, der Norm des *autonomen Subjekts*, durchdenken.

Emanzipation zweiter Ordnung

Diese protestantisch-aufklärerische Norm ist, wie gesagt, der Dreh- und Angelpunkt des emanzipatorischen Projekts. Besonders nachdrücklich ist diese Norm des halb individualistisch, halb kollektiv, auf jeden Fall aber als *autonom* gedachten Subjekts zuletzt von den neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre artikuliert worden, die dieser Norm auch zu der breiten gesellschaftlichen Verankerung verholfen haben, die sie heute hat. Ulrich Beck hat insofern ganz zu Recht von einer *Renaissance der politischen Subjektivität* gesprochen.

Nun blieb aber dieses Ideal des autonomen Subjekts, dieses normative Herzstück sowohl der Moderne als auch des emanzipatorisch-demokratischen Projekts, vom Prozess der fortschreitenden Modernisierung nicht selbst unberührt. Modernisierung bedeutete nicht einfach nur die schrittweise Durchsetzung dieser für sich selbst unveränderlichen Norm, sondern auch deren kontinuierliche Weiterentwicklung. Unter anderem hat die *individuelle* Dimension des autonomen Subjekts gegenüber der *kollektiven* erheblich an Bedeutung gewonnen. Zweitens wird die *Autonomie* des Subjekts heute immer weniger als Unterschiedenheit und Unabhängigkeit *von* Markt und Konsum verstanden, und immer mehr als Freiheit und Selbstbestimmtheit *im* Markt und Konsum. Drittens hat das solchermaßen individualisierte und in den Markt integrierte Subjekt gewissermaßen seinen Aggregatzustand verändert: Im Zuge der fortlaufenden Modernisierung wurde nämlich das Ideal der verfestigten und gefestigten Identität abgelöst, oder zumindest ergänzt, durch das Ideal des vielschichtigen, flexiblen, flüchtigen, also eben gerade nicht mit sich identischen Ichs. Der Arbeitsmarkt, der berufliche Erfolg, das Management des privaten Lebens erfordern Flexibilität, Vielseitigkeit, Innovationsbereitschaft und Außenorientierung. Die noch von den sozialen Bewegungen emphatisch eingeforderte Idealvorstellung des Subjekts ist da mit all ihren Implikationen von Konsequenz, Selbstdisziplin, Prinzipientreue, Innerlichkeit und Gemeinwohlorientierung zur unangenehmen Belastung geworden.

So hat sich also das gesellschaftliche Verständnis von Autonomie, Subjektivität und Identität, das der normative Referenzpunkt des emanzipatorisch-demokratischen Projektes ist und im normativen Zentrum politischen Handelns stehen soll, im Zuge der fortschreitenden Modernisierung grundlegend verändert. Sowohl die post-marxistische als auch die bürgerliche Tradition diagnostizieren hier vor allem *Entfremdung* und *Verfall*. Angesichts der sich neu eröffnenden Freiheiten und Möglichkeiten muss man aber wohl eher von *Emanzipation* aus zu eng gewordenen Zwängen sprechen. Ich nenne das *Emanzipation zweiter Ordnung*.¹¹ In ihrem Vollzug wird die inzwischen hegemonial gewordene Norm des freien und selbstbestimmten Individuums so neu interpretiert, dass eine Befreiung von restringierenden Elementen früherer Subjektivitäts-, Identitäts- und Autonomieverständnisse voll-

zogen wird. Wenn wir Immanuel Kants berühmten *Auszug der Bürger aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit* als die Emanzipation erster Ordnung bezeichnen wollen, dann könnte diese Emanzipation zweiter Ordnung als der *Auszug der Bürger_innen aus der Kantischen Norm des autonomen Subjekts* verstanden werden, d. h. als der Auszug aus den kategorischen Imperativen der Vernunft und der Abschied von den der Vernunft inhärenten Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. In jedem Falle aber wäre all dies eine *emanzipatorische Verlängerung* des Kantischen Auszugs aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit. Es wäre der Auszug aus Becks zweiter Moderne, die ja ein neuerlicher Anlauf sein sollte, die Versprechen der Aufklärung einzulösen – genau die Versprechen, deren Implikationen nunmehr vor allem als *Zumutungen* wahrgenommen und als Ballast abgeworfen werden. Kaum auszudenken, was das für politisches Handeln bedeuten würde, das ja stets emanzipatorisch sein soll und ausgerichtet auf das Ideal der wahren Demokratie.

Peak Democracy

Tatsächlich führt die Emanzipation zweiter Ordnung moderne Gesellschaften an einen Wendepunkt, an dem der Grenznutzen von *mehr Demokratie* in dem Sinne, wie die neuen sozialen Bewegungen sie noch verstanden hatten, minimal oder sogar negativ wird: Ich bezeichne diesen Punkt als *peak democracy*. Mehr Demokratie wird zur Belastung, zum Beispiel weil unter Bedingungen der Beschleunigung und Komplexität die Ressourcen der Menschen vom Management des persönlichen Lebens meist bereits so vollständig ausgeschöpft werden, dass für öffentliche Angelegenheiten schlicht keine Kapazitäten mehr frei sind. Zweitens, scheinen sich viele der drängendsten Probleme – und Bedingungen des erfüllten Lebens – auf nicht-demokratische Weise deutlich besser, bzw. auf demokratische Weise überhaupt nicht mehr, lösen zu lassen: die Wirtschaft ankurbeln, die Umwelt schonen, bezahlbare Konsumgüter bereitstellen, Terror abwehren usw. Drittens, und vielleicht am allerwichtigsten: Wenn die Grenzen des Wachstums überdeutlich hervortreten und schon der bloße Statuserhalt, geschweige denn weitere Wohlstandsgewinne, nur noch durch Wohlstandsverminderung an anderer Stelle

erreicht werden können, werden die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht nur für die Eliten zur Belastung, sondern überall dort, wo es Erreichtes zu verteidigen gilt und sozialer Abstieg droht. Die derzeitige Flüchtlingskrise zeigt das in aller Deutlichkeit. Tatsächlich beobachten wir statt des Kantischen und noch von Beck in Aussicht gestellten Kosmopolitanismus heute allenthalben den Versuch, durch Grenzziehung, Abspaltung und Alleingänge wenigstens ein gewisses Maß an Sicherheit und Schutz im Wirbelwind des entfesselten Liberalismus und Kapitalismus zu erreichen. Diese Sicherheit liegt freilich nur noch darin, dass man sich von der Verkleinerung, vom Ballastabwerfen, wenigstens kurzfristig einen Wettbewerbsvorteil für die nächste Etappe des Exklusionskampfes verspricht.

Das traditionelle Versprechen, dass wir *gemeinsam stark* seien, verkehrt sich somit in die Hoffnung, dass wir in der kleineren Gruppe oder sogar alleine stärker oder am stärksten seien. Das Prinzip der *Inklusion* verwandelt sich in das der *Exklusion* – wohlgermerkt im Zeichen der Emanzipation. Die Theorie der Emanzipation zweiter Ordnung führt uns also an einen Punkt, an dem deutlich wird, dass die Wiederbelebung der sogenannten *echten Demokratie*, die *Rückeroberung* der Demokratie aus den Fängen anti-egalitärer Eliten, wie sie dem überwiegenden Teil der sich als emanzipatorisch-kritisch verstehenden Linken vorschwebt, nicht nur ein soziologisch zunehmend unplausibles, sondern auch ein normativ zunehmend zweifelhaftes Projekt ist. Genau genommen muss politisches Handeln, das dieser Agenda folgt, möglicherweise in genau dem Maße, wie es sich weigert zur Kenntnis zu nehmen, dass die postdemokratische Konstellation sich im Zuge des *emanzipatorischen Fortschrittes* herausbildet, als *reaktionär* bezeichnet werden.

Das postdemokratische Paradox

Nun ist es allerdings so, dass die Emanzipation zweiter Ordnung zwar der Demokratie, wie die neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre sie noch verstanden hatten, den normativen Boden entzieht, aber gleichzeitig entfaltet sie auch – eben als Emanzipationsprozess – die Freiheits-, Selbstbestimmungs-, Selbstverwirklichungs- und Zentralitäts-

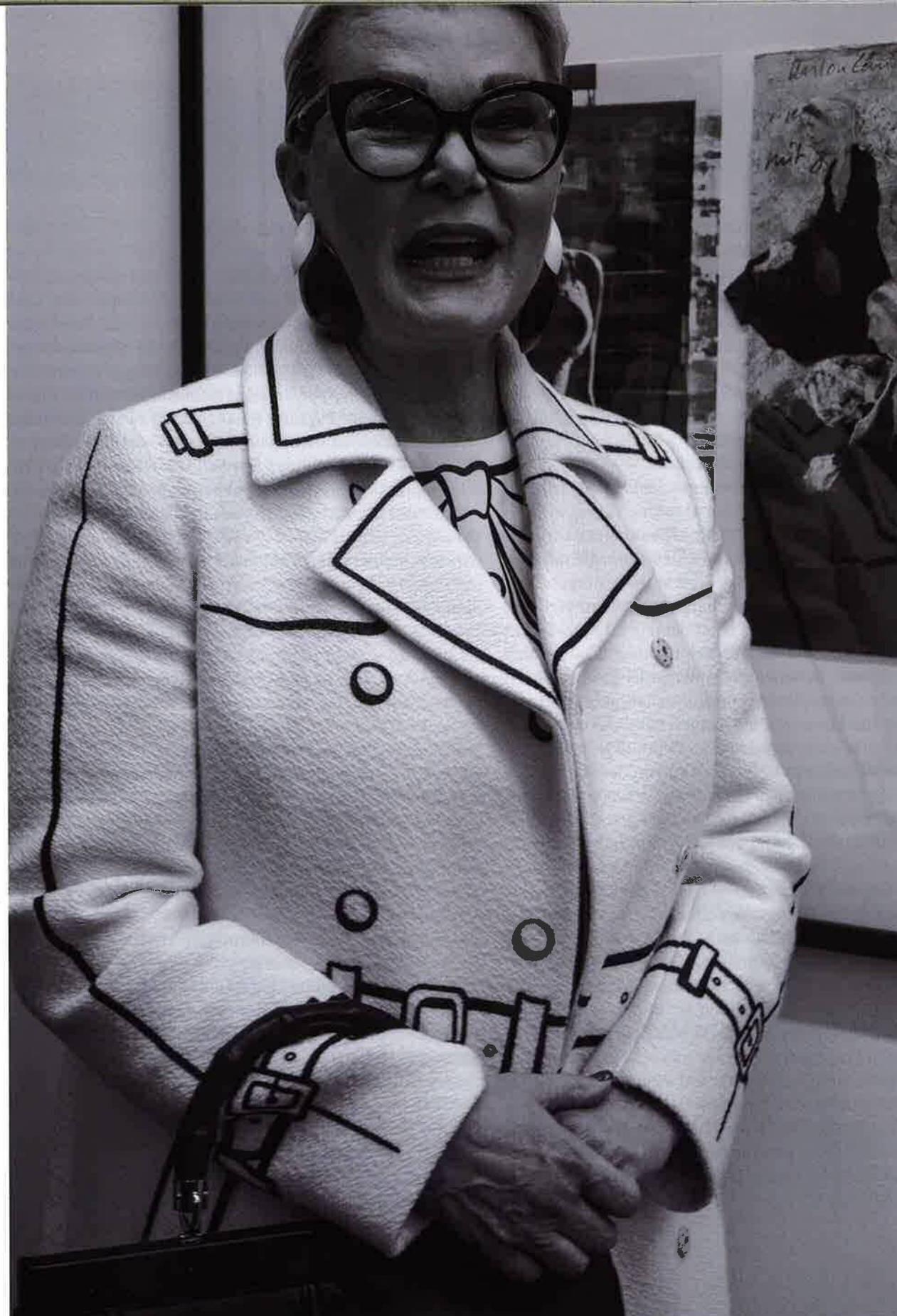
ansprüche moderner Individuen immer weiter. So wachsen zwar ständig die Zweifel an der Demokratie und das *anti-demokratische Gefühl*¹², aber gleichzeitig verlangen moderne Bürger_innen doch immer selbstbewusster und kompromissloser nach demokratischer Partizipation, Repräsentation, Legitimation und Responsivität. Ich bezeichne das als das postdemokratische Paradox. Dieses postdemokratische Paradox ist dafür verantwortlich, dass wir im Moment entgegen populärer Abgesänge auf die Demokratie keineswegs deren Ende oder Tod beobachten, sondern vielmehr eine grundlegende Transformation der Demokratie.

Populäre Sprüche wie *Hier darf jeder machen, was ich will!* oder *Hier kann jeder meine Meinung sagen!* bringen diese Transformation auf den Punkt. Hier sprechen Demokrat_innen, die sich aus den Verbindlichkeiten, die mit dem traditionellen Verständnis von demokratischer Bürgerschaft oder gar kosmopolitischer Weltbürgerschaft einhergehen, befreit haben, und sich unbedingter denn je als Mittelpunkt *ihrer* Welt verstehen. Sie schaffen sich Kommunikations- und Handlungsformen, in denen die widersprüchlichen Bedürfnislagen der postdemokratischen Konstellation be- und verarbeitet werden können. Ihr Dilemma, und das moderner Konsument_innendemokratien überhaupt, liegt darin, dass sie einerseits demokratische Normen und ihr demokratisches Selbstverständnis aufrecht zu erhalten versuchen, andererseits aber gleichzeitig eine Politik betreiben, die sich der Emanzipation zweiter Ordnung und der postdemokratischen Wende entsprechend, von eben diesen demokratischen Normen abwendet, zugunsten einer Agenda der Entpolitisierung, Individualisierung, ökonomischen Effizienz, materiellen Ungleichheit und sozialen Exklusion. Zur Bewältigung dieses Dilemmas entwickeln sie Kommunikations- und Handlungsformen, mit denen demokratisch-egalitäre Werte artikuliert und erlebbar gemacht werden können, ohne dass dabei die gleichermaßen gültigen postdemokratisch-exklusiven Wertpräferenzen in Frage gestellt werden müssen. Diese Kommunikations- und Handlungsformen sind meines Erachtens das Kernstück und unterscheidende Merkmal unserer heutigen liberalen Demokratien. Ich bezeichne sie als *Diskurse der Simulation* und entsprechend die derzeitige Erscheinungsform der liberalen Demokratie als *simulative Demokratie*.

Kollektives Theater

Von großer Bedeutung ist dabei, dass diese simulative Demokratie auf gar keinen Fall bloß als ein Projekt von neoliberalen Eliten verstanden werden darf, die zum Zwecke der Manipulation, Täuschung und Kontrolle der Massen, der berühmten 99 %, politische Scheinveranstaltungen inszenieren. Simulative Demokratie entsteht vielmehr, wie ich zu zeigen versucht habe, im Zuge der Emanzipation zweiter Ordnung, und muss daher, so irritierend das ist, als *emanzipatorische Errungenschaft* verstanden werden! Wenn Begriffe wie Täuschung und Illusionierung hier überhaupt angemessen sind, könnten die Simulationsdiskurse allenfalls als Praktiken der *kollektiven Selbstillusionierung* begriffen werden, an denen sich eine Vielfalt gesellschaftlicher Akteur_innen bereitwillig und engagiert beteiligt; konkreter: die Allianz all derer, die im Sinne der Emanzipation zweiter Ordnung ein gemeinsames Interesse daran haben, die bestehende, offensichtlich nicht nachhaltige – nicht haltbare – Ordnung der stetig zunehmenden Ausgrenzung und Ungleichheit dennoch aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig wollen sie sich aber versichern, dass die Werte der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Integrität unverminderte Gültigkeit behalten. Völlig abwegig ist daher auch die Vorstellung, emanzipatorische Werte, Demokratie, Politik würden hier *bloß noch* inszeniert; die wahre Demokratie sei zur simulativen Demokratie *verkommen*. Solche Behauptungen sind in dem Maße falsch (oder selbst simulativ), in dem sie implizieren, die authentische Alternative sei überhaupt noch eine Option und ein politisches Projekt.

Jenseits der rein kommunikativen Themenparks ist das unspezifische und immer wohlmeinende *Was tun* die Grundform der Simulation. Gerade indem es, wie immer andeutungsweise, in der Aktion die etablierte Ordnung herausfordert und die Alternative erlebbar macht, stabilisiert politisches Handeln *jetzt* genau das, worauf es sich *kritisch* bezieht. Nicht nur Politik wird hier zum Theater; nicht nur Politiker_innen werden zu Politikdarsteller_innen, sondern die Darstellung, das Zum-Erscheinen-Bringen und Erlebbarmachen von egalitären Werten, von Demokratie, des Politischen, ist ein breit angelegtes gesellschaftliches Projekt. Und im gleichen Maße, wie das Bewusstsein der Nicht-Haltbarkeit



der bestehenden Ordnung einerseits und der entschiedene Verteidigungskonsens andererseits sich verfestigen, steigt das Bedürfnis nach Arenen, in denen die Kritik, die Alternative, kommuniziert und erlebbar gemacht werden kann. Hier liegt wohl auch die Erklärung für die eingangs festgestellte auffällige Nachfrage nach politisierter, engagierter Kunst.

Aber jenseits des gesellschaftskritischen Theaters ist das *commitment* zum Status Quo unerschütterlich. Am allerdeutlichsten wird das bei der kollektiven Neuverteidigung, die auf jeden terroristischen Anschlag folgt: *Wir stehen fest zusammen*, bekennen wir dann ritualisiert, *und werden unsere Freiheit, unsere Werte, mit Entschiedenheit und allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen*. Das ist ein klares

Bekenntnis zur Ordnung der Nichtnachhaltigkeit, der fortschreitenden Zerstörung und Exklusion. Es ist obszön – und alternativlos? Kurz darauf berichten die Medien dann vom Mut und der Standhaftigkeit der aufrichtigen Bürger_innen, die sich nicht einschüchtern lassen und ihre Geschäftigkeit in den Einkaufsstraßen unerschrocken fortgesetzt hätten. Die gegenüberliegende Zeitungsseite informiert derweil, welche Artikel beim Discounter *Jetzt in Aktion!* sind. Wenn Theater, Kunst und Sozialwissenschaft auch im Zeichen der Post-Politik daran festhalten wollen, sich nicht als Ressource vereinnahmen zu lassen, dann muss *Was tun. Politisches Handeln jetzt* vor allem bedeuten, diese Widersprüche sichtbar zu machen. ||

Der Text ist eine durchgesehene Fassung des Eröffnungsvortrages der Jubiläumskonferenz der Dramaturgischen Gesellschaft, gehalten am 29. Januar 2016 im Deutschen Theater Berlin.

¹ Luhmann, Niklas (1970): *Soziologische Aufklärung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

² Blühdorn, Ingolfur (2015): „A Much-needed Renewal of Environmentalism? Eco-politics in the Anthropocene“. In: Hamilton, Clive; Gemenne, François; Bonneuil, Christophe (Eds.): *The Anthropocene and the Global Environmental Crisis: Rethinking Modernity in a New Epoch*. London: Routledge, 156-167.

³ Beck, Ulrich (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

⁴ Crutzen, Paul J. (2006): *The "anthropocene"*. Berlin (u.a.): Springer.

⁵ Schwägerl, Christian (2010): *Menschenzeit: Zerstören oder gestalten? Die entscheidende Epoche unseres Planeten*. München: Riemann.

⁶ Zu den drei Phasen der Moderne vgl. Kapitel 1 in: Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp.

⁷ Blühdorn, Ingolfur (2000): *Post-ecologist Politics*. London; New York: Routledge.

⁸ Swyngedouw, Erik; Wilson, Japhy (Eds.) (2014): *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticization, Spectres of Radical Politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

⁹ Mair, Peter (2006): *Ruling the void: The hollowing of western democracy*. *New Left Review*, 42, 25-51.

¹⁰ Crozier, Michel; Huntington, Samuel P.; Watanuki, Joji (1975): *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. Triangle Papers Vol. 8. New York: New York University Press.

¹¹ Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin: Suhrkamp, 114-166.

¹² Rancière, Jacques (2011): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August.

Ingolfur Blühdorn

Professor für Soziale Nachhaltigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien, leitet dort das Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN).